

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für
Atompolitik**

Marcus Bosse, MdL

zu TOP Nr. 27

Erste Beratung

**Standortsuche eines Endlagers für hoch radioaktive
Abfälle - die Rolle Niedersachsens im
Auswahlverfahren**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/7359

während der Plenarsitzung vom 16.09.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Am 28. September wird Deutschlands Fläche zumindest kartographisch neu separiert, und zwar in diejenigen Regionen, die für die Suche nach einem Endlager infrage kommen, und in solche, die aus geologischen Gründen von vornherein ausscheiden.

In einigen Bereichen wird ein Aufatmen, an anderen Orten aber durchaus ein Groll zu vernehmen sein, der mit Sicherheit aber auch mit der Hoffnung verbunden sein wird, in der nächsten Runde auszuschneiden. Eine Region wird es letzten Endes treffen. Aber das Verfahren wird noch einige Jahre dauern.

Aber wenn dann am 28. September, nach drei Jahren, die BGE, die Bundesgesellschaft für Endlagerung, in einem ersten Zwischenbericht jene Gebiete benennen wird, die für die weitere Suche infrage kommen, wird in den betroffenen Gebieten die Debatte um die Lagerung von Atommüll wieder beginnen. Auf diese Zeit müssen wir vorbereitet sein.

Es braucht keine großen geologischen Vorkenntnisse, um zu wissen, dass Niedersachsen durchaus in den Fokus gerät; von Westen und - so sage ich einmal - nach Osten, vom Emsland über das Weserbergland bis nach Helmstedt, bis in den Harz hinein. Warum ist das so? In Niedersachsen gibt es alle Formationen, die untersucht werden sollen, sowohl Salz und Ton als auch letzten Endes Granit. Das heißt, es kann letzten Endes jede Region in Niedersachsen und damit auch jeden Wahlkreis treffen.

Ich bin allen demokratischen Fraktionen in diesem Haus ausdrücklich dankbar, dass es zu diesem gemeinsamen Entschließungsantrag gekommen ist. Niedersachsen wird Verantwortung tragen. Aber diese Verantwortung haben wir auch gegenüber anderen Bundesländern, die sich bei dieser Frage nicht wegducken sollen in der Hoffnung, dass der Kelch bei der Suche nach einem Endlager an ihnen vorübergeht. Das ungeliebte Thema der Endlagerung wird natürlich wieder aktuell - siehe Schacht Konrad. Im Jahre 2027 soll die Endlagerung beginnen. Wir erleben schon jetzt die Diskussionen um den Logistikstandort Würgassen. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Asse, an die Diskussion und an die Bekanntgabe des Zwischenlagers an der Asse, das vor Ort auf großen Widerstand stößt. Ich will es nicht hoffen, aber es könnte mit dieser Debatte durchaus ein heißer Herbst werden.

Es geht um eine faire Standortsuche ohne Vorfestlegung. Das ist für Niedersachsen besonders wichtig; insbesondere auch mit Blick auf Gorleben, da dort bereits Infrastruktur vorhanden ist. Die Bevölkerung soll und muss frühzeitig

einbezogen werden, damit sie durchaus hinterfragen kann, was denn letzten Endes vor Ort passiert.

Dieser Punkt findet sich explizit in dem Antrag wieder. Darum wollen wir vor Ort durch die Übernahme von Sachverständigenkosten Unterstützung leisten, und auch Öffentlichkeitsveranstaltungen sollen stattfinden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Niedersachsen das Niedersächsische Begleitforum Endlager gegründet hat.

Dem Zwischenbericht, der für den 28. September vorgesehen ist, liegen zunächst nur geologische Kriterien zugrunde. Aspekte der Raumplanung, beispielsweise Abstände von Wohngebieten oder Abstände zu Naturschutzgebieten, spielen dann erst im weiteren Verfahren eine Rolle. Das heißt, wir befinden uns im ersten Schritt. Es folgt im Oktober eine Auftaktkonferenz in Kassel, der bis Mitte nächsten Jahres drei weitere folgen werden.

In der zweiten Phase, die etwa im Jahr 2022 stattfinden wird, wird übertägig und, daran anschließend, dann letzten Endes auch unterirdisch erkundet. Bis zum Jahr 2031 soll die Wahl getroffen sein. Das alles sind - das sage ich ganz deutlich - sehr, sehr ehrgeizige Ziele. Es ist gesellschaftlicher und politischer Konsens, dass Deutschland ab dem Jahr 2023 keinen Atomstrom mehr erzeugt. 70 Jahre lang gab es Atomstrom. Mit dem Abfall dieser Epoche muss verantwortungsvoll umgegangen werden. Das muss unser gemeinsamer politischer Anspruch hier in diesem Haus sein.

Zur Wahrheit gehört auch, dass wir uns wirklich keinen Illusionen hingeben dürfen. Den Regionen, die schon im ersten Durchgang prädestiniert sind, stehen harte Zeiten bevor.

Die Präsentation der BGE am 28. September wird wohl der erste Akt eines langen, langen Dramas werden. Darauf können wir uns hier in Niedersachsen mit diesem Antrag vorbereiten.

Ich danke Ihnen.